

Anpassung von Besoldung und Versorgung

Lilli Lenz mit Pro-Position in der Rhein-Zeitung

Blatt inszeniert Gegenpole dbb und Bund der Steuerzahler

Für die Printausgabe der Rhein-Zeitung am 11. April 2026 brachte die Rhein-Zeitung-Redaktion den dbb rheinland-pfalz sowie den Bund der Steuerzahler Rheinland-Pfalz zur kontroversen Ausleuchtung der Frage in Stellung, ob die absehbare, aus Richtung CDU und SPD im Landtagswahlkampf zugesagte Anpassung von Besoldung und Versorgung der Landes- sowie Kommunalbeamten im Fahrwasser der jüngsten Ländertarifvereinbarung notwendig oder vielmehr zu teuer sei. Die Kontrahenten kannten die Einlassungen der jeweils anderen Seite nicht, sondern lieferten ihre Beiträge unabhängig voneinander.

René Quante, Geschäftsführer des Landesverbandes des Steuerzahlerbundes, stimmte in der Kritikerrolle das Lamento an über rosinenpickende, privilegierte Beamte und immer mehr in Watte gepackte Versorgungsempfänger, für die „explodierende“ Staatsausgaben anfeilen, ohne dass CDU und SPD „nachhaltige Finanzierungskonzepte“ dafür hätten. Außerdem stellte er den Beamtenstatus für Lehrkräfte infrage.

Die dbb Landesvorsitzende Lilli Lenz gab als Pro-Advokatin folgendes Statement ab:

„Die erwartete, gewerkschaftlich geforderte Anpassung der Bezüge für Landesbeamte und Versorgungsempfänger ist auch in Rheinland-Pfalz not-

wendige Folge der allgemeinen Einkommens- und Preisentwicklung.

Sie ist kein frei disponibler Kostenblock, sondern Teil einer verlässlichen und verfassungskonformen Ausstattung des öffentlichen Dienstes. Sie ist keine politische Gefälligkeit, sondern eine sachlich und rechtlich gebotene Entscheidung.

Wer die Kosten des Beamtenapparats pauschal beklagt, greift zu kurz.

Beamte sichern Tag für Tag die Funktionsfähigkeit des Staates – in der Polizei, in der Justiz, in der Steuerverwaltung, in Schulen, in der Verwaltung und in vielen weiteren Bereichen, in denen Verlässlichkeit, Rechtsstaatlichkeit und Kontinuität unverzichtbar sind.

Es wird immer wieder behauptet, der Beamtenapparat schwelle an, man müsse ihn nur verkleinern, um Steuergeld zu sparen. Solche Schlagworte mögen populär klingen, sie ersetzen aber keine seriöse Analyse. Der öffentliche Dienst ist kein Kostenfaktor wie jeder andere, sondern die Voraussetzung dafür, dass Staat, Recht und Daseinsvorsorge überhaupt zuverlässig funktionieren. Gerade die Besoldung ist dabei kein beliebig formbarer Haushaltsposten. Sie muss amtsangemessen sowie verlässlich sein und sich an der Bedeutung des Amtes orientieren.



© dbb rlp/Rimbach

> dbb Landeschefin Lilli Lenz

Wer Beamte dauerhaft hinter der allgemeinen Einkommensentwicklung zurücklässt, riskiert nicht nur verfassungsrechtliche Probleme, sondern auch einen Attraktivitätsverlust des öffentlichen Dienstes. Schon heute ist der Arbeitsmarkt hart umkämpft; qualifizierte Kräfte können sich ihre Arbeitgeber aussuchen.

Ein Staat, der seine Fachkräfte halten und gewinnen will, muss fair und verlässlich bezahlen. Gewinnung und Bindung von Fachkräften sind dringend nötig. Eine Schwächung der Attraktivität des öffentlichen Dienstes ist unbedingt zu vermeiden.

Auch der Verweis auf ‚Steuergeldverschwendung‘ geht am Kern vorbei. Besoldung ist kein Luxus, sondern Gegenleistung für Aufgaben, die dem Gemeinwohl dienen und häufig mit besonderen Pflichten

verbunden sind, etwa mit lebenslanger Treuepflicht, besonderen Einschränkungen, Neutralität und einer hohen Bindung an Recht und Gesetz. Versorgungsempfänger haben ihre Ansprüche nicht ‚geschenkt‘ erhalten, sondern aufgrund eines über Jahrzehnte erbrachten Dienstes erworben.

Wer ernsthaft über Entlastung der öffentlichen Haushalte sprechen will, sollte nicht reflexhaft bei den Beschäftigten anfangen, die den Staat tragen. Effizienzreserven liegen in Digitalisierung, schlankeren Verfahren, besserer Organisation und einer klugen Aufgabenverteilung – nicht in einer Abwertung derer, die täglich Verantwortung übernehmen. Eine angemessene Besoldungsanpassung ist deshalb kein Ausdruck von Übermaß, sondern von Respekt, Rechtsstaatlichkeit und Vernunft.“

Landesregierung

CDU und SPD machen es spannend

Nach Sondierung am 8. April 2026 Koalitionsverhandlungen angekündigt

Bürgerinnen und Bürger erwarten einen Staat, der funktioniert und Vertrauen in seine Handlungsfähigkeit schafft. Ein leistungsfähiges Bildungswesen, Sicherheit im Alltag und eine verlässliche staatliche Ordnung – dafür stehen Landes-CDU und -SPD unter anderem. Beide wollen eine öffentliche Verwaltung, die gestaltet, ermöglicht und unterstützt und dabei Bürokratie abbaut. Dafür sollen nach einer umfassenden Aufgabenkritik Abläufe und Prozesse gestrafft und gebündelt werden. Verwaltungsmodernisierung und -reformen, eine digitale Verwaltung mit weniger bürokratischen

Vorgaben sind ebenso im Visier wie Bildungsinvestitionen, zu denen die Verbesserung der Arbeitsbedingungen für Lehrerinnen, Lehrer und für pädagogisches Personal gehören. Gut ausgestattete Polizei, eine moderne Justiz und ein leistungsfähiger Brand- und Katastrophenschutz erhöhen die Sicherheit. Der Staat soll insgesamt moderner, leistungsfähiger und bürgernäher werden.

So heißt es im Ergebnispapier, mit dem CDU und SPD am 8. April 2026 nach gemeinsamen Sondierungsgesprächen vor die Presse getreten sind unter Ankündigung detaillierter

Koalitionsverhandlungen mit dem Ziel, Rheinland-Pfalz voranzubringen und Extremismus einzudämmen.

Vorbehaltlich der genauen Inhalte des zukünftigen Koalitionsvertrags: Zunächst hört sich dieses Sondierungsergebnis aus dbb Sicht gut an. Denn die langjährige Forderung nach Aufgabenkritik scheint erhört worden zu sein. Das gilt auch für die Forderung verstärkter Digitalisierung, nach Strukturreform und Nutzung von internen Effizienz- sowie Effektivitätsreserven.

dbb Landesvorsitzende Lilli Lenz: „Wer den Staat effizien-

ter machen will, muss bei den Strukturen und der schier Menge an Aufgaben ansetzen. Das ist der richtige Hebel. Ein schlanker Staat, der sich auf seine Kernaufgaben konzentriert, braucht hoch motiviertes und gut bezahltes Personal. Beides muss passen, damit die Beschäftigten, die Tag für Tag ihren Dienst verrichten und sich für Sicherheit, Bildung und die Verwaltung unseres Bundeslandes Rheinland-Pfalz engagieren, fair behandelt werden. Dafür werden wir uns stets vehement einsetzen, auch gegenüber einer neuen Landesregierung.“

2

Sozialpartnerschaftlicher Austausch

Zu Gast bei der ppa

Diana Kreuter-Schmitt, Direktorin der Pfälzischen Pensionsanstalt, im Gespräch mit dbb Landesvize Peter Mertens

(pm) Am 25. März 2026 war der stellvertretende dbb Landesvorsitzende Peter Mertens anlässlich eines regelmäßigen Gesprächsaustauschs für den dbb rheinland-pfalz zu Gast bei der Direktorin der ppa in Bad Dürkheim, Frau Diana Kreuter-Schmitt. Diskutiert wurden unter anderem aktuelle Themen des öffentlichen Dienstes in Rheinland-Pfalz:

- Dienstvereinbarungen zu gleitender Arbeitszeit und mobilem Arbeiten
- Verbeamtung von Quereinsteigern
- Zusammenarbeit zwischen Personalrat und Dienststellenleitung

- Modernisierung der Beihilfenverordnung

- Umsetzung des Tarifabschlusses TV-L 2026

Der regelmäßige Austausch dient dazu, Prozesse zu prüfen, Praxisfragen zu klären und bürokratische Abläufe zu optimieren, zum Beispiel bei der Entscheidungskompetenz des Landespersonalausschusses. Gemeinsames Ziel ist es, Fachkräfte im öffentlichen Dienst zu gewinnen und zu binden.

Während des Gesprächs fragte dbb Landesvize Peter Mertens nach der derzeitigen Entwicklung der ppa seit dem letzten gemeinsamen Gespräch im November 2024. Diana Kreuter-

Schmitt äußerte sich aufgrund der Frage wie folgt:

- Die ppa versorgt aktuell knapp 3 150 aktive Beamte und 3 775 Versorgungsempfänger nur im Gebiet Pfalz, für das sie als Versorgungskasse zuständig ist. Ab Juli 2026 darf die ppa auch die Stadt Mainz als Mitglied in der Versorgungskasse begrüßen; als größte Kommune in

Rheinland-Pfalz mit weiteren aktiven Beamten und Versorgungsempfängern, sodass dann die Grenze von 4 000 Beamten sowohl im Aktiv- als auch im Passivbereich geknackt wird.

- In der Zusatzversorgung betreut die ppa nahezu 74 000 pflichtversicherte Angestellte bei 814 Mitgliedskommunen und berät auch zur 3. Säule



der Altersvorsorge, der freiwilligen Versicherung. Seit über 80 Jahren ist die ppa hier gemeinsam mit der Bayerischen Versorgungskammer, der größten kommunalen Versorgungskasse Deutschlands, engagiert.

- In der Beihilfe hat die ppa in 2025 fast 100 000 Bescheide erlassen für rund 30 000 Beihilfeberechtigte landesweit. Der Verwaltungsrat hat einen Bearbeitungskorridor von 15 Arbeitstagen +/- 5 Arbeitstage vorgegeben, also zwei bis vier Wochen. Aktuell schafft es die ppa, auch innerhalb dieser Range Bescheide zu erlassen. Jedoch unterliegen die Bearbeitungszeiten starken Schwankungen, unter anderem wegen des unterschiedlichen Antragsaufkommens oder auch der vorhandenen Personaldecke oder immer wieder auftretender technischer Probleme bei den zugeliferten Softwarelösungen.
- 80 Prozent aller rheinland-pfälzischen Kommunen lassen die Beihilfe von der ppa abrechnen und festsetzen, Tendenz stark steigend. Hier merkt man deutlich den

Fachkräftemangel, mit dem alle Kommunen zu kämpfen haben.

- In der Entgeltabrechnung ist die ppa Marktführer in Rheinland-Pfalz. Weit über drei Viertel aller rheinland-pfälzischen Kommunen und deren Einrichtungen lassen mittlerweile die Gehaltsabrechnung über die ppa abwickeln. Auch hier ist die Tendenz steigend. Die Anstalt bietet den Kommunen neben der reinen Gehaltsabrechnung viele weitere Tools an, die die Prozesse in der Personalverwaltung optimieren helfen, so zum Beispiel voll-digitale Workflows für Reisekostenmanagement und Bewerbermanagement, demnächst auch die von vielen gewünschte elektronische Personalakte über das eigenentwickelte Serviceportal, über das alle Dienstleistungen der ppa an einem Ort erreichbar sind. Dabei kümmert sich die ppa vollumfänglich auch um den Zahlungsverkehr und alle steuer- und sozialversicherungsrechtlichen Pflichten bis hin zur Lohnsteueraußenprüfung et cetera – und das im persönlichen Service! Bei

der ppa gibt es kein Ticketsystem, sondern ein Kollege/eine Kollegin sitzt am anderen Ende als persönlicher Ansprechpartner. Darauf ist die ppa besonders stolz. In 2025 hat sie so 1,3 Millionen Gehaltsabrechnungen bearbeitet; heißt: Rund 112 000 Kollegen und Kolleginnen bekommen monatlich eine Gehaltsabrechnung von der ppa. Diese Gehaltsabrechnung erfolgt in der Zustellung mittlerweile in den meisten Fällen digital.

- Seit über 100 Jahren kümmert sich die ppa auch um die Kommunalversicherung in der Pfalz als Partner der Versicherungskammer Bayern. Das betrifft zum Beispiel die Eigen-schadensversicherungen oder alle Sach- und Haftpflichtversicherungen. Die Expertise hier ist sehr gefragt bei der kommunalen Familie. Neuestes Produkt ist die betriebliche Krankenversicherung, die zurzeit als Mitarbeiter-Benefit extrem beliebt ist, und ein Dauerbrenner ist die Beihilfeversicherung, mit der das Schwankungsrisiko bei Beihilfeaufwendungen zum Schutz des kommunalen Haushalts abgesichert wird.

- Dabei sind die Dienstleistungen der ppa für alle Kommunen vergabefrei zu beschaffen, weil die ppa unter die Anwendung des sogenannten Inhouse-Geschäfts nach § 108 Abs. 1–5 GWB fällt, als Mitglied der kommunalen Familie und Körperschaft des öffentlichen Rechts, die kommunal beherrscht und kontrolliert wird.
- Die seit 2025 durchgeführten Umbaumaßnahmen des Gebäudetraktes sollen voraussichtlich im 125-jährigen Jubiläumsjahr der ppa Bad Dürkheim abgeschlossen sein. Dann steht den rund 190 Beschäftigten eine hochmoderne Co-Working-Area als Arbeitsplatz zur Verfügung, um noch enger und besser zusammenarbeiten zu können.

Zum Ende des circa eineinhalb Stunden dauernden Austauschs bedankte sich der stellvertretende dbb Landesvorsitzende Peter Mertens für das konstruktive und sehr gute Gespräch.

Beide Gesprächspartner kamen überein, den Austausch auch zukünftig weiter auszubauen. ■

Berufsbeamtentum

Funktionsbedingung der Demokratie

Bundesverfassungsgericht gibt Fundamentalkritikern Contra

Das Bundesverfassungsgericht ist wortstarker Hüter des Berufsbeamtentums in Deutschland. Mit prägnanten Feststellungen nimmt es den Beamtenstatus in Schutz gegen zunehmend beliebte Fundamentalkritik in der Öffentlichkeit, der Politik und den Medien. Dabei arbeiten die Richterinnen und Richter wiederholend und mit zunehmender Klarheit heraus, dass das Berufsbeamten-

tum grundlegender Bestandteil der wehrhaften Demokratie ist, wie sie das Grundgesetz vorsieht und erfordert.

Beispielhaft zitiert aus dem Beschluss des Zweiten Senats zur Berliner A-Besoldung vom 17. September 2025 und weil es einfach stimmt:

„Die institutionelle Einrichtungs-garantie des Art. 33 Abs. 5

GG trägt zugleich dem Umstand Rechnung, dass im demokratischen Staatswesen Herrschaft stets nur auf Zeit vergeben wird und die Verwaltung deshalb schon im Hinblick auf die Möglichkeit periodischer Wechsel der politischen Ausführung der jeweiligen Staatsführung neutral sein muss.

Insoweit muss die strikte Bindung an Recht und Gemein-

wohl, auf die die historische Ausformung des deutschen Berufsbeamtentums ausgerichtet ist, auch gegenwärtig als Funktionsbedingung der Demokratie begriffen werden. Das Grundgesetz sieht in Anknüpfung an die deutsche Verwaltungstradition im Berufsbeamtentum eine Institution, die, gegründet auf Sachwissen, fachliche Leistung und loyale Pflichterfüllung, eine stabile

Verwaltung sichern und damit einen ausgleichenden Faktor gegenüber den das Staatsleben gestaltenden politischen Kräften darstellen soll. (...)

Das Berufsbeamtentum ist damit zum Garanten für eine de-

mokratisch und rechtsstaatlich rückgebundene Verwaltung geworden und sichert durch die Dauerhaftigkeit dieser Rückbindung das Prinzip der freiheitlichen Demokratie gegen Übergriffe zusätzlich ab.“ (Bundesverfassungsgericht, Be-

schluss vom 17. September 2025 – 2 BvL 5718 und andere, Rn. 52).

Ein intaktes Berufsbeamtentum ist demnach Voraussetzung für den funktionierenden Rechtsstaat und die Demokra-

tie – ganz gleich, was Beamten-Basher sagen. Bevor Letztere publikumswirksam „draufhauen“, sollten sie sich erst mal in Ruhe die sachlichen Grundsätze des höchsten deutschen Gerichts „draufschaffen“.

13. dbb bundesfrauenkongress

Jetzt oder nie: Frauen. Macht. Demokratie.

dbb landesfrauenvertretung rheinland-pfalz in zentralen Rollen aktiv

Am 20. und 21. März 2026 tagte in Berlin der 13. dbb bundesfrauenkongress der dbb bundesfrauenvertretung unter dem Motto: „Jetzt oder nie: Frauen. Macht. Demokratie.“ Der Kongress fand statt ganz im Zeichen einer entschlossenen frauenpolitischen Standortbestimmung. Im Mittelpunkt standen die Fragen, wie Gleichstellung in Zeiten politischer Polarisierung, gesellschaftlicher Krisen und zunehmender Angriffe auf Frauenrechte gestärkt werden kann und welche Konsequenzen sich daraus für die frauenpolitische Arbeit im dbb ergeben.

Bereits bei der Eröffnung wurde deutlich, dass der Kongress nicht nur ein organisatorisches Treffen, sondern ein politisches Signal sein wollte. dbb bundesfrauen-Chefin Milanie Kreutz machte in ihrer Begrüßung klar, dass die Perspektiven von Frauen gerade in Krisenzeiten unverzichtbar seien und dass Gleichberechtigung kein Hindernis, sondern ein Schlüssel zur Bewältigung gesellschaftlicher Herausforderungen sei. Bundesjustizministerin Stefanie Hubig (SPD) unterstrich in ihrem Grußwort, dass mehr Frauen in den Parlamenten die demokratische Legitimation stärken und die Qualität politischer Entscheidungen verbessern.

Der Verlauf des Kongresses war geprägt von intensiven Beratungen, inhaltlichen Debatten

und einer klaren politischen Ausrichtung. Die Delegierten setzten sich mit Themen wie Parität und Wahlrechtsreform, der Bekämpfung digitaler sexualisierter Gewalt, besseren Rahmenbedingungen für Führung in Teilzeit sowie der stärkeren Beteiligung von Frauen an politischen Entscheidungsprozessen auseinander. Insgesamt wurden rund 300 Anträge beraten und beschlossen, mit denen die frauenpolitischen Leitlinien für die kommenden fünf Jahre festgelegt wurden.

Besonders hervorgehoben wurde die demokratische Dimension des Kongresses. Frauen seien in politischen Entscheidungsprozessen weiterhin unterrepräsentiert, hieß es, und genau deshalb sei eine konsequente Stärkung der Gleichstellung notwendig. Der Kongress machte damit deutlich, dass es nicht nur um einzelne Maßnahmen, sondern um strukturelle Veränderungen geht. Die Themen Gleichstellung, Schutz vor Gewalt, Digitalisierung, Künstliche Intelligenz und Vereinbarkeit von Beruf, Familie und Pflege wurden als zentrale gewerkschaftliche Arbeitsfelder benannt.

Organisatorisch wurde die Tagung von einem Präsidium geleitet, wobei Claudia Rüdell, Vorsitzende der dbb landesfrauenvertretung sowie stellvertretende Landesvorsitzende der Deutschen Steuer-Gewerkschaft

Rheinland-Pfalz die Funktion der Tagungspräsidentin innehatte. Damit lag die Leitung der Sitzungen, die Ordnung der Beratungen und die Sicherung eines geordneten Verlaufs in ihren Händen. Auch die personellen Entscheidungen des Kongresses markierten einen wichtigen Abschnitt des Verlaufs. Milanie Kreutz wurde als Vorsitzende der dbb bundesfrauenvertretung bestätigt; als stellvertretende Vorsitzende wurde Tanja Küssgens gewählt. Ergänzt wurde die neue Geschäftsführung durch mehrere Beisitzerinnen aus unterschiedlichen Mitgliedsorganisationen. Damit setzte der Kongress auch personell auf Kontinuität, verbunden mit neuer Beteiligung und breiter fachlicher Repräsentanz.

In den politischen Wortbeiträgen wurde wiederholt betont, dass Gleichstellung nicht als Randthema, sondern als Voraussetzung demokratischer Stabilität verstanden werden müsse. Extremistische und autokratische Kräfte versuchten weltweit, Fortschritte bei Frauenrechten zurückzudrängen, hieß es. Dem stellte der Kon-



> Johanna Mieder, Vorsitzende der DSTG-Bundesfrauenvertretung und stellvertretende dbb Landesvorsitzende.

gress ein entschiedenes Bekenntnis zu mehr Teilhabe, mehr Sichtbarkeit und mehr Einfluss von Frauen entgegen.

Insgesamt hinterließ der dbb bundesfrauenkongress 2026 das Bild einer selbstbewussten, politisch klar positionierten Tagung, die Teilnehmerinnen hinterher als beeindruckend bezeichneten. Er verband programmatische Klarheit mit innerverbandlicher Willensbildung und setzte ein deutliches Zeichen dafür, dass Gleichstellung, Demokratie und Beteiligung untrennbar zusammengehören, so auch dbb Bundeschef Volker Geyer in seinem Grußwort.



> Claudia Rüdell, Tagungspräsidentin und Vorsitzende der dbb landesfrauenvertretung rheinland-pfalz.